



# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.



Er scheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.  
Anzeigen, die vierspaltige  
Beilage 20 Pf.  
Im Abonnement nach Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion  
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich  
1 Mark bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Postzeitungsliste S. 98 „Eiche“, Die  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 66,  
Greifswalderstr. 221, 223.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumker).

Nr. 24.

Berlin, den 16. Juni 1905.

XVI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an E. Gahner, Greifswalderstr. 221/223  
Fernsprech-Amt VII, 4720. Geldsendungen an W. Zielke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren. Fernsprech-Amt VII, 4720.

### Arbeitsdifferenzen bestehen in folgenden Orten:

- Anklam.** Sperre über die Firma A denburg.
- Augsburg und Umgegend.** Streik bezw. Aussperrung in allen Betrieben.
- Berlin.** Streik: Mobell- und Fabriktschler in allen Betrieben.
- Brandenburg.** Differenzen in der Landwirthschaftlichen Maschinenfabrik von E. F. Richter.
- Cottbus.** Differenzen bei den Holzpantoffelmachern.
- Duisburg.** Streik und Aussperrung für Tischler und Maschinenarbeiter.
- Finstervalde.** Streik und Aussperrung bei der Finsterwalder Tischfabrik, Firma Winkler.
- Greifswald.** Streik in mehreren Werkstätten.
- Kalk.** Sperre über die Mobellfabrik von P. Koch.
- Mannheim.** Streik bei der Firma Sachs & Co., Holztypenfabrik.
- Neuß.** Differenzen in allen Betrieben.
- Mürnberg.** Streik in der Maschinenfabrik Augsburg-Mürnberg.
- Schleuditz.** Streik in der Firma Schäfer Söhne.
- Pr.-Stargard.** Sperre über die Firma P. Münchau.

Reise- oder Wandergeld nach vorgenannten Orten darf von unseren Kassirern nicht gezahlt werden. Sobald nicht allwöchentlich der Redaktion ein Bericht über den Stand der Differenzen zugeht, werden diese nicht mehr veröffentlicht.

### Noch einmal die Bewegung in Czestk.

In Czest wurde der Streik der bei der Firma Schütt ausständigen Kollegen mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet. Der Haupterfolg dürfte die Verkürzung der Arbeitszeit sein. . . . .  
Schreibt der „Deutsche Holzarbeiter“, Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes in seiner Nummer vom 9. Juni.  
Um unsern Lesern ein lares Bild geben zu können, welche Ursachen dieser Streik hatte, in welcher Art und Weise derselbe geführt wurde, welchen Verlauf derselbe nahm und welche „Erfolge“ erzielt wurden, ist es notwendig, in die Bewegungen unserer Kollegen in Czest etwas weiter zurückgreifen zu müssen. Im zweiten Quartal 1903 bildete sich dort im Anschluß an unsern Gewerkeverein ein Ortsverein der Tischler und Berufsgenossen. Schon im nächsten Jahre, und zwar im Monat Juli kam es in der Abtheilung für Goldleisten zum Streik, an welchem ca. 50 Kollegen theilhaftig waren. Bei dieser Bewegung wurde eine Lohnzulage erreicht, welche durch die Verhand-

lungen, welche unser Kollege Zielke mit der Firma führte, vereinbarte. Im Oktober kam es zum zweiten Ausstand, weil, wie es bei der Firma Schütt üblich war, für das Winterhalbjahr 1 Pfennig pro Stunde abgezogen werden sollte. Der Zurückstrom der Landarbeiter und das dadurch bedingte Ueberangebot von Arbeitskräften hatten diesen Abzug zur Gewohnheit gemacht, welchen die Arbeiter durch einiges Zusammenhalten zu beseitigen suchten. Diesmal waren es 300 Kollegen, welche die Arbeit niederlegten. Auch in diesem Falle gelang es unserm Kollegen Zielke und zwar unter Mitwirkung des Herrn Amtsvorstehers, eine Einigung zu erzielen. Es wurde erreicht, daß der Abzug nur auf 1/2 Pfennig pro Stunde festgesetzt wurde und vom 1. Februar 1905 eine Zulage von 1 1/2 Pfennig pro Stunde eintreten sollte. Ausführlicher wurde von uns schon in Nummer 21 der „Eiche“ darüber berichtet, und nur des besseren Verständnisses wegen dies noch einmal kurz wiederholt.

Als nun die Firma schon vor dem 1. Februar an die Kreislagenschneider mit dem Verlangen herantrat, im Accord zu arbeiten, glaubten unsere Mitglieder darin eine Umgehung des versprochenen Lohnzuschlags zu erblicken und legten, weil ein Kollege wegen der Weigerung Accordarbeit zu übernehmen, entlassen wurde, ca. 50 Mann die Arbeit nieder. Das war also schon der dritte Streik. Die Kollegen Schumacher-Berlin und Wroczkowski-Bromberg, welche seitens der Gewerkevereinsleitung nach dort entsandt wurden, verurtheilten aufs entschiedenste das disziplinlose Vorgehen der Kollegen. Es hatte vor der Arbeitsniederlegung zum Zweck der Berathung über die Angelegenheit keine Werkstattversammlung stattgefunden, es waren keine bestimmte Forderungen gestellt worden, es hatten aber auch mit der Firma irgend welche Verhandlungen nicht stattgefunden. Dem Eingreifen unserer Vertreter gelang es durch zweimalige Verhandlung mit der Firma im Beisein und mit Zustimmung der theilhaftigen Kollegen dahin einig zu werden, daß ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden soll. Die Ausarbeitung desselben wurde dem Kollegen Schumacher übertragen. Inzwischen war auch Herr Klein-Danzig als Vertreter des christlichen Holzarbeiterverbandes, welcher letzterer in Czest ebenfalls eine Zahlstelle eröffnet hatte, telegraphisch nach dort berufen worden und auch erschienen. Dieser ebenso wie auch Kollege Wroczkowski theilhaftigten sich an der Abfassung des Vertrages. Die wesentlichsten Punkte dieses Vertrages haben wir schon wiederholt, so auch in Nummer 21 der „Eiche“, bekannt gegeben. Die getroffenen Abmachungen wurden von den beiden zeichnenden Vertretern der Firma einerseits, sowie von Schumacher und Wroczkowski für den Gewerkeverein und Klein für den christlichen Verband andererseits unterzeichnet. Die Arbeit wurde am 21. Januar wieder aufgenommen, und die Vertreter glaubten, da für die Kollegen unter den gegebenen Verhältnissen das Möglichste erreicht war, für die Dauer des Vertrages Ruhe und Frieden geschaffen zu haben.

Diese Voraussetzung wurde aber durch den Mitgliedshunger des christlichen Verbandes arg getäuscht. Gelegenheit dazu bot demselben



Folgendes: Eine im Manuskript des abgeschlossenen Vertrages enthaltene Bestimmung: „Die vorhandenen Affordräge bleiben bestehen“ war in der Eile von der Maschinenschreiberin vergessen worden, mit in die Bervielfältigungen zu übernehmen. Diese Thatsache war auch Herrn Klein, dem Vertreter des christlichen Verbandes und Mitunterzeichner des Vertrages, bekannt, und doch ließ derselbe es zu und half selbst gegen den Vertrag Propaganda zu machen und unter den Kollegen Mißstimmung zu erregen. Fortgesetzt hieß es, der Vertrag ist seitens der Firma gebrochen und wird von dieser tagtäglich verletzt, mithin sind auch die Arbeiter nicht daran gebunden und berechtigt, jederzeit Forderungen zu stellen. Ein diesbezüglicher von unsern Mitgliedern dem Generalkath unterbreiteter Antrag wurde unter Hinweis auf das rechtliche Bestehen des Vertrages abgelehnt.

Nun war der Agitation des christlichen Verbandes Thür und Thor geöffnet. „Seht, verrathen und verkauft werdet Ihr, kommt zu uns, wir erkennen die Unterschrift unsers Vertreters Klein unter den Vertrag nicht an, wir übernehmen Euch mit vollen Rechten und zahlen Euch im Falle eines Streiks auch sofort die volle Streikunterstützung“, das waren die Lockmittel, mit welchen unter unsern Mitgliedern Bauernfang getrieben wurde.

Die Folgen einer derartigen Wühlarbeit blieben nicht aus. Es wurde das Gerücht verbreitet, daß der Hauptvorstand des christlichen Verbandes die Genehmigung, zum 15. Mai loszuschlagen, erteilt habe. In der Goldleistenabteilung forderten am 8. Mai zwei Kollegen ihre Entlassung, weil ihnen die angeblich versprochene Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde nicht gewährt wurde. Da verschiedene, dazu aufgefordert, sich weigerten, an den von den beiden Genannten verlassenen Maschinen zu arbeiten, von dem Betrieb dieser beiden Maschinen die Fortsetzung des Gesamtbetriebes aber in hohem Maße abhängig war, mußten auch die Grundrizer und die in der Vergolderei beschäftigten Arbeiterinnen aussetzen. Am Donnerstag, den 11. Mai forderte die Firma die feiernden Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da für die beiden erstgenannten Arbeiter Ersatz gefunden sei. Einer von diesen beiden Kollegen, der also am 8. Mai auf seinen eigenen Wunsch die Entlassung erhalten hatte, erklärte, er sei nur von den Andern aufgehetzt worden und hatte sich wie man sagt, wieder angebetelt. Die Arbeiter der Grundrizer nahmen aber die Arbeit nicht wieder auf. In den Verhandlungen am 13. und 15. Mai, an welchen außer unserm Vertreter Schumacher auch noch drei resp. sechs Kollegen aus Czest. theilnahmen, gelang es nochmals einige außer dem Rahmen des Vertrages liegende Zugeständnisse zu erlangen. Die Kollegen lehnten es aber ab, diese Bedingungen anzunehmen und Kollege Schumacher verließ am 15. Mai, ohne ein Resultat erzielt zu haben, wieder Czest. Ohne Wissen der Gewerksvereinsleitung wurden nun am 16. Mai noch weitere Forderungen gestellt und legten noch ungefähr 350 Kollegen die Arbeit nieder. (Zum 15. Mai war vom christlichen Verband die Bewilligung zum Streik erteilt). Am 19. Mai wurde Kollege B a m b a c h nach Czest. entsandt, diesem gelang es, außer den dem Kollegen Schumacher gemachten Zugeständnissen noch weitere zu erreichen, so daß am Schluß der Verhandlungen folgenden Nachtrag zu den schon bestehenden Abmachungen vereinbart wurde:

**Nachtrag zum Tarifvertrag vom 19. Januar 1905**

der Firma Holzindustrie Hermann Schütt, Aktiengesellschaft in Czest.

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden, beginnt 6 Uhr Morgens und endet 7 Uhr Abends einschließl. einer 1/2 stündigen Frühstück- und Vesperpause, sowie einer 1 1/2 stündigen Vesperpause.
2. Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden, sind im Bedarfsfalle jedoch nicht zu verweigern und werden mit 10 Proz. Zuschlag bezahlt.
3. Vom 1. Oktober 1905 wird sämmtlichen Arbeitern eine Zulage von 1/2 Pf. pro Stunde zugebilligt.
4. Verurlaubungen und Entlassungen der ständigen Arbeiter und deren Ersatz durch Einstellung fremder Arbeiter wird zum Winter nicht stattfinden.
5. Die Grundrizer erhalten pro Stunde 2 Pf. Zulage bis zum Ablauf von vier Wochen. Ergiebt es sich, daß eine erhöhte Leistung stattgefunden hat, bleibt diese Zulage dauernd bestehen.
6. Die Grundrizer erhalten bei Vorgabe von 1000 Fuß den tarifmäßigen Normalpreis,
 

" 500—1000 Fuß	15 %	Zuschlag	}	zu den pro 100 Fuß bestehenden Preisen.
" 300—500 "	20 %	"		
unter 300 "	25 %	"		
7. Bei Handmaschinen wird die doppelte Zulage gezahlt.
8. Musterstangen werden in Zukunft nur an einer Maschine und im Lohn gemacht.
9. Die Masse- und Leimkocher werden mit dem Durchschnittsverdienst der tüchtigen Arbeiter entlohnt.
10. Den Maschinenarbeitern wird das Holz bis am Schuppen gesteuert.
11. Der Arbeiterausschuß kann zu jeder Zeit vorstellig werden und wird gehört. Alle Beschwerden, Lohnzahlungen oder Arbeitsverhältnisse betreffend, sind der Firma sofort zu melden.
12. Löhnung wird wöchentlich und zwar Donnerstags Abends ausgezahlt. Die Abrechnung bezw. der Wochenschluß tritt demnach am Dienstag Abend ein.

Die Christlichen hatten aber gut gearbeitet und war es nicht möglich, die Kollegen zu überzeugen, daß nach Lage der Sache ein Mehr zu erreichen absolut ausgeschlossen sei. Mit Hohn und Spott wurden die Vorschläge zurückgewiesen und unverrichteter Sache mußte unser Vertreter zurückkehren. Die Fabrikleitung lehnte jede weiteren Verhandlungen ab und setzte mit 30 ziehengebliebenen, meist dem christlichen Verbaude angehörenden Arbeitern sowie einigen 70 inzwischen eingetroffenen Galizern den Betrieb fort. Kollege B a m b a c h hatte

in der Versammlung vom 20. Mai auf die Gefahr der Heranziehung von galizischen Arbeitern hingewiesen. Die Kollegen glaubten aber noch immer, es sei dies nur ein Schreckschuß.

Es bildete sich ein polnisches Hilfskomitee, welches in Nr. 6 der „Biednoczenie“ folgenden Aufruf in polnischer Sprache erließ:

**Mittheilung!**

In der Leistenfabrik Schütt ist für die hiesigen Arbeiter eine Beschäftigungslosigkeit ausgebrochen. Dadurch ist die Secte polnischer Arbeiter ohne Arbeit, ohne Brod und müssen Hunger leiden. Das unterzeichnete Hilfskomitee wendet sich daher an die mitleidende Bevölkerung mit der herzlichen Bitte um Hilfe. Es geht uns nicht um große Beträge, nur um Mithilfe aus christlichem Herzen zur Verabreichung eines Stückchen Brod.

Die gesammelten Beträge bitten wir an unser Comitee und an die Adresse Felix Gintrowski, Czest. Wpr. zu senden.

Czest., den 21. Mai 1905.

**Polksverein der hungernden Brüder.**

Hilfs-Comitee.

Felix Gintrowski. Jan Dona. Julian Muchowski.  
Jan Szarasin. W. Stankowski.

**Kollegen!**

In Czest. Wpr. in der Leistenfabrik Schütt ist unter den dortigen Arbeitern Arbeitslosigkeit ausgebrochen und wenden sich dieselben an uns um Hilfe. Der Verband Hirsch-Dunker hat von ihnen Beiträge eingezogen und jetzt, da dieselben ohne Arbeit sind, hat er sie verlassen. Als hier der Streit ausgebrochen war, haben die jetzt Hungernden an uns gedacht, denken wir daher auch jetzt an dieselben.

Wir bitten um Gaben, mag ein Jeder schicken, wie er kann, denn ein Groschen hilft zum andern.

**Polnischer Einigkeits-Verein.**

Daß ein Aufruf erlassen wird, ist an und für sich verständlich, jedoch müssen wir auf das Entschiedenste dagegen Bewahrung einlegen, wenn durch unwahre Behauptungen unsere Organisation in ein falsches Licht gestellt wird. Nicht bei Arbeitslosigkeit ist Unterstützung verweigert worden, denn eine Arbeitslosigkeit ist vorhanden. Nur hat der Gewerksverein als Vertragsschließender sich an die Bestimmungen des Vertrages gehalten; denn sowohl bei der persönlichen Rücksprache und trotz des seitens der Gewerksvereinsleitung dreimaligen schriftlichen Ersuchen an unseren Verein konnte der Firma eine Verletzung des Vertrages nicht vorgeworfen resp. nachgewiesen werden.

Die allgemeinen Beschwerden wurden bei den Verhandlungen erdhigt und es stellte sich heraus, daß der Arbeiterausschuß der Firma nicht immer die vorhandenen Mängel unterbreitet hatte, und wurde deshalb eine entsprechende Bestimmung unter Punkt 4 im Nachtrag festgelegt.

Durch die obenstehende Aufrufe war auch der polnische Verein auf Czest. aufmerksam geworden und hatte einen Vertreter nach dort entsandt, welchem es gelang, auch eine polnische Vereinigung zu Stande zu bringen. Dadurch wurde auch dem christlichen Verband ein Theil des Wassers von der Mühle abgeleitet. Czest. erfreute sich in dieser Zeit der ständigen Anwesenheit von sieben Gensdarmen, zwei Vertretern des christlichen Holzarbeiterverbandes, Böhme und Klein, und eines Emiffärs der polnischen Vereinigung.

Nun kommt aber der „Erfolg“, der vom „Deutschen Holzarbeiter“ hervorgehoben wird. Am Sonnabend, den 3. Juni, waren vom Gewerksverein die Kollegen B a m b a c h, S c h u m a c h e r und M r o c z k o w s k i in Czest. erschienen um im dortigen Ortsverein die Wahl eines neuen Ausschusses zu ermöglichen und einen letzten Versuch zur Einigung zu machen. In einer Nachmittags stattfindenden Versammlung wurde mit Einstimmigkeit beschlossen, bei der Firma nochmals vorstellig zu werden. Bei dieser Verhandlung erklärte die Firma, daß, wenn am 5. Juni die Arbeit aufgenommen wird, die zugesagte Arbeitszeitverkürzung aufrecht erhalten bleibt. Alle übrigen Zugeständnisse des Nachtrags ziehe sie zurück. Würde die Arbeit aber nicht aufgenommen, so sei die Firma genöthigt, noch mehr Galizier heranzuziehen.

Da trotz des Aufgebots aller Beredsamkeit unserer Vertreter es nicht möglich war, in dieser Situation mehr zu erreichen, so wurde Abends in einer Versammlung unsern Kollegen die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen, um zu verhindern, daß noch mehr fremde Arbeitskräfte zur Konkurrenz herangezogen würden. Die Versammlung lagte um 8 Uhr Abends. Gegen 7 Uhr war aber schon vom Hauptvorstand des christlichen G. B. in Köln ein Telegramm angekommen, des Inhalts, daß am Montag, den 5., die Arbeit wieder aufzunehmen sei. An die Firma Schütt kam ebenfalls vom Hauptvorstand des christlichen G. B., gleichzeitig mit dem Ersteren ein Telegramm an, „daß der christliche G. B. den Vertrag anerkenne.“ Am Sonntag, den 4., Vormittags 10 Uhr, hatte der christliche Verband eine Versammlung einberufen, in welcher nun den Mitgliedern der „Erfolg“ kundgegeben wurde. Nachdem der Herr Ortspfarrer die Gemüther etwas beruhigt, entledigte sich Herr B ö h m e seiner Aufgabe und empfahl die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Daß den Kollegen dieses nicht paßte, ist sehr leicht erklärlich. Und so hatten auch hier die Leiter und geistigen Väter der Bewegung die Zügel verloren und konnten das Gefährli nicht mehr aus dem Dreck herausziehen. Es war eben zu tief hineingerathen.



„Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzuehend Böses muß gebären.“ Man hatte es verstanden, in unsern Mitgliederkreisen eine erregte Stimmung gegen den Gewerkverein hervorzurufen, um im Trüben zu fischen. Dieses und die Thatsache, daß am Montag ca. 200 Kollegen nicht wieder eingestellt wurden, ist auch der einzige Erfolg, den man auf christlicher Seite verzeichnen kann. Die Arbeitszeitverkürzung ist bei den Verhandlungen von unsern Vertretern herausgeschlagen worden, und auch die vorstehenden Zugeständnisse wären erreicht, wenn von den Ezerster Kollegen, aber insbesondere von den christlichen Führern, das beobachtet worden wäre, was im „Deutschen Holzarbeiter“, Nr. 21 unter „Verschiedene Winke“ über Lohnbewegungen gesagt ist.

Die Demüthigung hat der christliche S. W. sich nicht ersparen können, daß man vorher erklärte, wir erkennen die Unterschrift Kleins unter den Vertrag nicht an. Am 2. Juni steht im „Deutschen Holzarbeiter“, die Firma hat den Vertrag gebrochen und am 3. Juni erkennt man telegraphisch wieder den Vertrag an. Dieses Telegramm kam bei der Firma Schütt an, als die Vertreter der polnischen Vereinigung dort verhandelten. Die Lehre ist aus dem Ausgang dieses Kampfes zu ziehen, daß es nicht richtig ist, den Bruderkrieg zu führen, um im Trüben zu fischen.

**Aussperrungen von größerem Umfange** sind zur Zeit in verschiedenen Berufen zu verzeichnen. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Unternehmerorganisation eine jede Differenz, welche in irgend einem Betriebe entsteht, mag dieselbe auch noch so wohl geeignet sein, auf dem Wege friedlicher Verständigung beseitigt zu werden, zum Anlaß nehmen, durch das brutale Mittel der Aussperrung jede Regung und jedes Streben nach Besserung mißlicher Zustände, niederzuzwingen. Ein im vorigen Jahre abgeschlossener Vertrag bei der Waffelfabrik Maschinenfabrik in München hatte bis zum 1. Mai d. J. Gültigkeit, wurde auch von beiden Seiten nicht gekündigt. Trotzdem erfolgten Abzüge von 10 bis 30 Prozent. Angebahnte Verhandlungen wurden zurückgewiesen und den Arbeitern blieb nichts übrig, als in den Streik zu treten. Auch die von den Gemeindebehörden gemachten Versuche, vermittelnd einzugreifen, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber, dieselben veranlaßten vielmehr den bayerischen Metallindustriellen-Verband, in einer ganzen Reihe von Betrieben Massenaussperrungen vorzunehmen. Ueber 3000 in Maschinenbauanstalten beschäftigte Arbeiter kommen allein für München in Betracht und die Meldungen, welche bis jetzt aus andern Städten Bayerns, namentlich Nürnberg und Augsburg eingehen, lassen leider erwarten, daß die Aussperrung noch bedeutend größere Dimensionen annehmen wird. Neueinstellungen erfolgen nur, wenn ein Revers unterzeichnet wird, nach welchem der Arbeiter erklärt, keiner Organisation anzugehören und sich verpflichtet, jede ihm übertragene Arbeit, also auch namentlich sogenannte Streifarbeit, auszuführen. — Gleichfalls der Metallbranche, Schloßfabrikation, gehören die Ausgesperrten in Welbert an. Hier kommen ca. 1500 Arbeiter in Betracht. Durch äußerst geringen Verdienst und fortwährende Abzüge sahen sich die Arbeiter gezwungen, eine Bewegung zur Schaffung eines Tarifvertrages einzuleiten. Auch hier sucht die Fabrikantenvereinigung die Arbeiter durch Hunger müde zu machen und das Koalitionsrecht zu rauben. Ein gleicher Revers wie in Bayern soll auch hier unterzeichnet werden. — In Folge einer Lohnforderung der Zimmerer in Dortmund, ist es zu einer Aussperrung der Bauarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gekommen. Betroffen sind ungefähr 15 bis 20000 Mann ohne Rücksicht auf besondere Organisationszugehörigkeit. Die Hälfte der Beteiligten soll dem christlichen Verbands angehören. — Die Tarifbewegung der Cigaretten-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Dresden, welche wesentlich eine Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Nachtarbeit sowie Beschränkung der Beihilfsgüter bezwecken, hatte gleichfalls eine Aussperrung von größerem Umfange zur Folge. Auch hier kommen ca. 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. Die Arbeitgeber verlangen Austritt aus der Organisation. Der deutsche Tabakarbeiter-Verband, welchem die Ausgesperrten angehören, hat veranlaßt, daß über die Fabrikate der beteiligten Firmen der Boykott verhängt wurde. — Aussperrung und Boykott besteht auch im Braugewerbe der Provinz Rheinland-Westfalen. Die wegen gröblichen Verfehlers im Betrieb erfolgte Entlassung eines Bierbieders und die Weigerung eines Vertrauensmannes vom Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter, die Stelle des Entlassenen zu übernehmen, gab Veranlassung zum Streik und hatte weiter im Gefolge die Aussperrung, welche von Seiten der Arbeiterschaft mit der Boykottirung der beteiligten Brauereien beantwortet wurde. — Die Schneider Deutschlands haben die Aussperrung hinter sich. Auch in diesem Beruf verlangte der Arbeitgeberverband die unterschriftliche Anerkennung seitens der Gehülfen, daß dieselben jede ihnen vorgegebene Arbeit, also auch Streifarbeit, ausführen. Da die Gehülfen diese Forderung in verschiedenen Städten sofort mit Arbeitsniederlegung beantworteten, vor dem Fest die Arbeit zum Theil auch sehr drängte, wurde der Angriff für diesmal abgesehen, jedoch sollen auch in diesem Beruf zeitweise 6 bis 7000 Arbeiter ausgesperrt gewesen sein.

Nach alledem scheint es fast, als wenn die Idee der Generalaussperrung schneller zur Thatsache wird, als die des Generalstreiks. Die durch derartige Kämpfe bedingte Erschütterung des gesammten wirtschaftlichen Lebens wird aber schließlich doch dahin führen, daß sich endlich die Vernunft Bahn bricht und die Zahl derjenigen, sowohl

Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer, gestärkt wird, welche durch Abschluß von Tarifvereinbarungen Ruhe und Frieden im Arbeitsverhältnis zu schaffen gewillt sind.

Zur Unterstützung der Gewerkvereinsmitglieder, welche von der durch die Maschinenfabriken Bayerns erfolgten Aussperrung betroffen werden, wendet sich der Centralrath mit folgendem Aufruf alle Verbandskollegen:

Berlin, 9. Juni 1905.

**Werthe Verbandsgenossen!**

In Folge einer Lohnbewegung in der Maschinenfabrik von Maffei in München haben die übrigen Maschinenfabriken Bayerns, namentlich in Augsburg und Nürnberg, eine große Zahl von Maschinenbauern und Hülsenarbeitern ausgesperrt, bezw. die Betriebe ganz stillgelegt. Die Arbeiter von Maffei sollen auf diese Weise gezwungen werden, auf ihre gerechten Forderungen zu verzichten und die Arbeit wieder bedingungslos aufzunehmen. Die Unternehmer kalkuliren, daß bei einer Aussperrung der Arbeiter in den übrigen Maschinenfabriken Bayerns die Geldmittel für die Unterstützung so rasch aufgebraucht werden, daß die Arbeiterschaft zur bedingungslosen Unterwerfung gezwungen werden kann.

Sterin werden sich die Unternehmer getäuscht sehen, wenn unsere Verbandsgenossen im ganzen Reich schnell zu Hilfe eilen durch die Zeichnung von Beiträgen auf den hier mitfolgenden Sammellisten. Das Geld ist dann möglichst rasch mit Benutzung der beigefügten Postanweisung an unsern Verbandskassirer Rudolf Klein, Berlin NO., Greißwalderstr. 221/23, einzusenden.

Die Arbeiter von Maffei in München waren selbstverständlich zu Ausgleichsverhandlungen gern bereit. Die Unternehmer aber verlangten die Wiederaufnahme der Arbeit ohne jedes Entgegenkommen.

An der nun in Augsburg, Nürnberg und anderen bayerischen Orten erfolgten Aussperrung sind die Gewerkvereine, hauptsächlich Maschinenbauer, Fabrik- und Handarbeiter, Tischler und Klempner, mit ca. 2000 meist verheirateten Kollegen beteiligt. Da thut rasche Hilfe dringend noth, umso mehr, da zahlreiche Streiks und Aussperrungen in anderen Theilen des Reichs, z. B. im Vergischen Land, die Mittel der Organisation stark in Anspruch nehmen.

Alle für die ausgesperrten Gewerkvereiner gesammelten Gelder sind nur an die obengenannte Adresse unseres Verbandskassirers einzusenden.

Mit Gewerkvereinsgruß

Das Bureau des Centralraths:

Hartmann. Winkelsdorf. Bahle. Winter. Goldschmidt. Klein. Klavon. Neustedt.

**Der angebliche Verrath**, den die Gewerkvereinsleitung an den Weiskensfelder Ausständigen verübt haben soll, wird von sozialdemokratischen Agitatoren im Volksgewande mit wahrer Bersekerwuth bearbeitet. Wie hungrige Wermölke ziehen die Demagogen im Lande umher, die Hirsch-Dunderschen zu verschlingen. Vor den Ausständigen alle Hochachtung, sie waren nahe am Ziele, der Fabrikantenverein war eben dabei, sich zu unterwerfen und die Tarifverträge zu unterzeichnen, da kamen die Verräther und gaben das Geheimniß preis. Wenn dem so wäre, wie wüthende Parteifanaliker den Hergang in Volksversammlungen schildern, wäre die Gewerkvereinsleitung allerdings fürs Irrenhaus reif. Es wäre in der That heller Wahnsinn, wenn eine Hauptverwaltung, die den Streikenden 42000 Mk. zukommen ließ, kurz vor dem Ziele den Kampf abbrechen würde. Gerade das Gegentheil ist wahr, der Treubruch der Ehrlichkeit wurde von der gegnerischen Seite verübt.

Am 28. März, als die Bewegung im Brennpunkte stand, war der Streikleiter Simon-Nürnberg mit der Zurückziehung des christlichen Lohnvertrags einverstanden. Wenn er auch, um den Zauber und das Ansehen seiner Person als Feldherr zu wahren, eine Aeußerung der Gewerkvereinsleitung vorschob, so erklärte er aber den versammelten Fabrikauschüssen, daß gegenseitige Vorwürfe nicht am Plage seien, die Zahl der Arbeitswilligen sei in bedenklicher Weise bereits auf 800 gestiegen und sei jetzt der beste Moment, daß die Fabrikauschüsse mit den Fabrikanten zwecks Lohnaufbesserung ohne Tarif verhandeln, weil sonst sich der Streik bis nach Osterreich hinziehe, alles verloren gehe und die Verantwortung nicht mehr übernehmen könne. Damals wollten tatsächlich die Fabrikanten sich mit ihren alten Leuten verständigen, wie ein Vertreter vom Centralverbande noch besonders betonte, worauf sich auch Simon berief.

Nachdem die Fabrikauschüsse den Vorschlag mit 105 gegen 14 Stimmen angenommen hatten, verfaßte Simon eigenhändig eine Resolution, des Inhalts, daß die Versammlung nach wie vor an den Tarifverträgen festhalte, jedoch nach Lage der Dinge dieselben für bessere Zeiten aufspare und die Fabrikauschüsse zwecks mündlicher Vereinbarung mit den Fabrikanten in Unterhandlung treten sollen. In der drei Stunden später tagenden öffentlichen Versammlung der Ausständigen erklärte Simon ebenfalls, daß im Falle der Ablehnung



der von der Tarifkommission gutgeheißenen Resolution er die Verantwortung nicht mehr übernehmen könne. Bekanntmachungen lehnte die Streikversammlung infolge eines störenden Zwischenfalles die Resolution mit 751 Stimmen gegen 419 Stimmen ab.

Trotzdem nun Simon mit erhobener Stimme feierlich die Verantwortung abgelehnt hatte, machte er nachher keine ernstlichen Versuche, den verfahrenen Streik noch vor Ostern zum Abschluß zu bringen. In ganz gewissenloser Weise feuerte er die Ausständigen mit Behemung zum Weiterstreiken an. Später, am 22. April, gestand er dem versammelten Kriegsvolke, daß er die Nutzlosigkeit vorausgesehen, daß vor vier Wochen ein besserer Abschluß erzielt worden wäre, als dies jetzt noch möglich sei. Natürlich wälzte er nun die ganze Schuld auf die Gewerkschaftsleitung, die ihn keineswegs dazu verleitet hatte, die von ihm abgelehnte Verantwortung wieder auf sich zu laden, wider besseres Wissen zum Weiterstreiken für eine aussichtslos gewordene Sache aufzufordern und zum Volksverführer zu werden.

Diese Thatsache wird durch das Schimpfen auf die Gewerkschaftsleitung nicht beschönigt. Als ehrlicher Mann mußte Simon nach der unheilvollen Abstimmung der Streikversammlung vom 28. März darauf hinwirken, den Beschluß der Fabrikausschüsse in irgend einer Form wieder zur Geltung bringen. Und er konnte es, wenn er wollte, er hat das Zeug dazu. Denn der Zentralverband kann ebenso wenig zwecklos Tausende Mark zum Fenster hinauswerfen wie der Gewerkschaftsverein. Und wenn Simon mit seinem großen Vermögen prahlt und es ihm auf paar „lumpige“ zehntausend Mark nicht ankommt, so weiß alle Welt, daß eine ehrliche Klassenverwaltung, wie die Nürnberger Zentrale, die Kranken- und Sterbegeld-Reservekapitalien zu Streikzwecken nicht hergeben darf.

Dem gegenüber hat es wenig zu sagen, daß zwei verärgerte Weiskensfelder Gewerkschaftsmitglieder, welche die Zentralverbänder im Streiken übertrumpfen möchten, unsere Ortsvereine der dortigen Gegend besuchen und mit allerhand Weiskensfeld'schen Krebsen gehen. Als es galt, während der Bewegung in Weiskensfeld'scher Mannesmut und Führertalent zu zeigen, waren sie schlaff und energielos, sie überließen die Hauptarbeit den Lokalbeamten des Zentralverbandes. Am Dienstag wurden kluge Gespräche geführt, manchmal bis zum frühen Morgen. Aber einen Einfluß auf die Strategie des Feldzuges hatten sie nicht. Die dringenden Mahnungen der Hauptverwaltung blieben unberücksichtigt. Wenn nun jetzt solche kraftlose Genossen zur Freude der Zentralverbänder in unseren Ortsvereinen gruselige Geschichten erzählen und die Mitglieder gegen die Hauptverwaltung aufwiegeln, so dokumentieren sie damit nur ihre geistige Impotenz.

(Aus dem „Lebendarbeiter“.)

## Deutsche Arbeitgeberverbände.

Der Zentralverband deutscher Industrieller legte in seiner letzten Sitzung am 5. Mai aufs neue sein sozialpolitisches Glaubensbekenntnis ab. Ein vom Generalsekretär Bued vorgelegter Beschluß erklärt:

Der Zentralverband ist bei Beurteilung aller das Arbeitsverhältnis betreffender Fragen von dem Standpunkt ausgegangen, daß der Arbeitsvertrag, innerhalb der von dem Gesetz gezogenen Grenzen, den Gegenstand vollkommener privater Abmachung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter bilden muß. Von diesen Gesichtspunkten bedauert der Zentralverband die Haltung, die von der Staatsregierung bei dem letzten großen Ausstand der Kohlenarbeiter eingenommen worden ist. Er bedauert lebhaft, daß die Staatsregierung durch die Einbringung der Novelle zum Vergesetz die Absicht verwirklichen will, weiter als es bisher schon geschehen ist, durch Gesetz in die Feststellung der Bedingungen des Arbeitsvertrages einzugreifen. Insbesondere hält sich der Zentralverband für verpflichtet, Einspruch gegen die Absicht zu erheben, einen sanitären Maximalarbeitsstag für erwachsene Arbeiter zu konstruieren. Die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen muß der Zentralverband entschieden zurückweisen, weil in ihnen nur die sozialdemokratisch oder sonst organisierten Arbeiter Platz finden und damit tatsächlich die Arbeiterausschüsse Organe der Arbeitervereinigungen werden würden. Die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse würde die staatliche Organisation der Sozialdemokratie bedeuten.

Und dieser Beschluß, der wohl für niemand ein Wort der Erläuterung und Kritik bedarf, wurde einstimmig angenommen! Bei den darauf folgenden Ausführungen des Regierungsrats a. D. Leibig, der die Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen als überflüssig bekämpft und eine ernsthafte Bedrohung der Weltstellung Deutschlands in diesen und ähnlichen Bestrebungen zur Verringerung von Arbeitszeit „und Leistung“ erblickt, regte sich jedoch aus den Kreisen der süddeutschen Textilindustriellen Opposition. In ihrem Namen erklärten Generaldirektor Groß-Augsburg und Reichstagsabgeordneter Kommerzienrat Schlumberger-Wählhausen, daß sie gern den einheitlichen zehnstündigen Arbeitsstag akzeptieren wollten, wenn nur die jeden geregelten Betrieb hemmende Differenzierung in der Arbeitszeit der Arbeiterinnen je nach dem Alter und je nach besonderen familiären und häuslichen Verhältnissen beseitigt würde. Der angenommene Beschluß spricht sich denn auch in diesem Sinne aus. Es heißt darin am Ende:

Jedenfalls ist die unbedingte Voraussetzung jeder gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden, daß diese gleiche Verkürzung auch in den mit der deutschen Industrie konkurrierenden Staaten, insbesondere in der Schweiz, Italien, Belgien und Oesterreich, eingeführt und daß namentlich auch von diesen Staaten ausreichende Garantien dafür gegeben werden, daß die Durchführung dieser gesetzlichen Vorschriften unter eine ebenso sorgfältige Kontrolle, wie sie in Deutschland besteht, gestellt werde.

Das Referat Dr. Leibigs über die Tarifverträge schließlich gipfelte in folgender Erklärung:

Der Zentralverband betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung durchaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jeden Unternehmens notwendige Freiheit der Entscheidung über die Verwendung seiner Arbeiter und der Lohnfestsetzung, wie sie die einzelnen Arbeiter unter die Herrschaft der Arbeiterorganisationen zwingen. Die Tarifverträge sind schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschritts der deutschen Industrie. Aus diesen Gründen bedauert der Zentralverband insbesondere auch die Entschliebung der bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen als „eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet.“

Auch diese Erklärung wurde fast ohne Debatte widerspruchlos zum Beschluß erhoben. In der Feindschaft gegen die Tarifverträge stehen das absolutistische Unternehmertum und der sozialdemokratische Radikalismus Schulter an Schulter.

In der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die der Zentralverband deutscher Industrieller leitet, trat am Tage zuvor der Ausschuß zum ersten Male, seit sie ihre ordnungsgemäße Tätigkeit aufgenommen hat, zu einer Sitzung zusammen. Der Geschäftsführer berichtete über ein außerordentliches Steigen der Mitgliederzahl, über die Tätigkeit der Hauptstelle beim Ruhrstreik und anderen Arbeiterbewegungen, über die bisher mit anderen Arbeitgebervereinigungen abgeschlossenen Kartellverträge, die die Genehmigung des Ausschusses fanden, und über die weitere Ausgestaltung sowie den engeren Zusammenschluß der mit der Hauptstelle verbundenen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise.

Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, neben dem Zentralverband deutscher Industrieller der älteste unter den führenden deutschen Arbeitgebervereinigungen, blickt am 20. April 1905 auf sein 15 jähriges Bestehen zurück. Der Jahresbericht giebt eine knappe Entwicklungsgeschichte des Verbandes. Er ist mit Rücksicht auf die „überhand nehmende sozialdemokratische Bewegung und im Hinblick auf die kampflustige Haltung der Arbeiterorganisationen,“ insbesondere auf die angestrebte Einführung des „Wohlfahrtstages“ 1890 ins Leben gerufen worden. „Durch Erfüllung der für berechtigt anerkannten Forderungen der Arbeiter und die Sorge für ihre Wohlfahrt der sozialdemokratischen Agitation die Spitze abzubrechen und andererseits den unberechtigten und maßlosen Ansprüchen gegenüber eine geeignete Opposition der Arbeitgeber entgegen zu stellen,“ sollte seine Aufgabe sein. Der ursprünglich Industrie- und Gewerbeverband von Hamburg benannte Verein wurde mit einem Garantiefonds von 1,8 Millionen Mark ausgestattet, mit Hilfe dessen er wirksam gegen die Gewerkschaftsbewegung vorging. Durch Zuwachs benachbarter Arbeitgeberkorporationen gelangte er schließlich zu einem Bestand von 24 Mitgliedschaften, darunter Vertretungen von 30 Innungen und faßte insgesamt 6300 Arbeitgeber, die 100 000 Arbeiter beschäftigen, zusammen. Er ist vorbildlich geworden für die Errichtung zahlreicher ähnlicher Streikabwehrverbände in ganz Deutschland. Schließlich regte er den engeren Zusammenschluß dieser Arbeitgeberorganisationen zu Anfang des Jahres 1904 an. Bemerkenswert in dem Jahresbericht ist folgende Stelle aus den prinzipiellen Erörterungen über Arbeitsrecht und Koalitionsfragen:

Es muß damit gerechnet werden, daß die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in Zukunft sich mehr und mehr aus der Verhandlung von Organisation zu Organisation ergibt. Haben die Gewerkschaftsleitungen wirklich den ehrlichen Willen, ohne jede Nebenabsicht nur auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Lohnarbeiter hinzuwirken, dann wird eine solche absolute Rechtsgleichheit („ohne Einbeziehung besonderer Rücksichtnahme auf die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage“) zweifellos der geeignete Boden sein, um das Arbeitsverhältnis so günstig wie möglich zu gestalten.

Wenn das auch nur bedingte theoretische Auslassungen sind, da sie von der Annahme ausgehen, der heutige Rechtszustand bedeute bereits diese zugestandene völlige Rechtsgleichheit für Arbeiter und Unternehmer, so verrathen sie zweifellos doch erheblich mehr Verständnis für soziale Entwicklungen als die Reden und Beschlüsse im Zentralverband.

Ähnlicher Geist weht auch in dem Vortrage, den der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, Dr. Stresemann über den „Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeber“ auf der Generalversammlung in Dresden gehalten hat. (Heft VI der „Veröffentlichungen“ des Verbandes. Schulze und Uhlig, Dresden.) Nicht einen einseitigen Trug- und Scharfmacherbund sollte der Zusammenschluß der Arbeitgeber darstellen, sondern nur ein Gegengewicht gegen die wachsende Gewerkschaftsmacht. Die Arbeitgeber müßten endlich



von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen lernen. Das bloße Bestehen einer Arbeitgeberorganisation würde heilsam wirken.

Stehen sich zwei große Organisationen gegenüber, so werden große Streiks viel mehr vermieden als angezettelt werden. . . Die Organisation der Arbeitgeber wird ihren Zweck erfüllt haben, wenn sie bewirkt, daß in Zukunft mehr als bisher ein friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefördert werde.

In demselben Heft behandelt Kommerzienrath Sedemann-Berlin die „Frage der Begründung von Gesellschaften zur Entschädigung von Arbeitgebern im Falle von Arbeitseinstellungen.“ Dies geplante Unternehmen sollte keine Streitversicherungs-, sondern eine Streitentschädigungsgesellschaft sein, um dem Genehmigungszwang des Aufsichtsamts für Privatversicherung und der Kontrolle des Reichsamts des Innern aus dem Wege zu gehen. Wenn das Statut in § 17 der Gesellschaft mit Rücksicht auf diese formalen Verhältnisse besage, daß die Entschädigung nur gewährt werden „könne“, so bedeuete das doch in der Praxis soviel wie „müsse“. Die Entschädigung werde bei jedem berechtigten Streik in voller Höhe zur Auszahlung gelangen. Die Entschädigung dürfe aber höchstens 30% der Lohnsumme ausmachen, also etwa soviel wie nötig, um die Generalunkosten zu decken, damit nicht unsolide Firmen zu Streiks mit Rücksicht auf den Entschädigungsbetrag verlockt würden. Der statt der Streitversicherung vorgeschlagene Abwehrfonds sei abzulehnen, weil sich große Firmen keine „Almosen“ zahlen lassen wollen. (Soziale Praxis.)

### Zum Antrag

#### betr. außerordentliche Generalversammlung.

**Rudolstadt.** Auf das Anschreiben Elberfeld, Antrag zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung betreffend, können wir nicht umhin, unsere in der letzten Versammlung zu Tage getretene Meinung bekannt zu geben. Wir sind prinzipiell gegen die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung. Motiv: „Wegen der hohen Kosten“, denn dieselbe würde einen erheblichen Theil Klassenbestandes verzehren, wie auch schon von andern Vereinen dagegen geschrieben worden ist. Wir sind der Meinung, es bei den 5 Extrabeiträgen zu belassen und dann für später den Vorschlag „Eiche“ Nr. 22, Elbing 5 Pfg. Extrabeitrag durch Mitgliederabstimmung herbeizuführen. Dies wird wohl bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung genügen, wenn die Gründe zum Streik nicht zu hoch gestellt werden. Das Exempel mit den 112 Streikenden ist ja richtig, aber doch sehr schwarz gemalt, denn wir haben auch Wochen, wo es nicht der 6. Teil dieser Zahl ist. Bezüglich der Duisburger Angelegenheit ist unsere Ansicht, daß unter den 9 Unterzeichnern des Elberfelder Antrages wohl einer dabei sein wird (es ist doch schon oft bewiesen), welcher Zeit und Geschick genug hat, um dasselbe zu verrichten, was ein erst von Berlin herbeibeschiefter Generalratsvertreter ausrichten kann, der extra noch so und so viel Reisekosten und Diäten berechnen muß. Aus den vorstehenden Gründen auf das nicht gleiche Wachsen unsres Gewerksvereins gegenüber anderen Organisationen hinzuweisen ist falsch, denn bei den Verbändlern ist die Sozialdemokratie das Hauptzugmittel, während es bei den Christlichen im Namen liegt; bei uns ist Neutral die Devise; warten wir es ab, bis sich um diese Devise die Genossen schaaren werden. Ueber die Kritik unserer „Eiche“ durch Elberfeld kann man zu den Gedanken kommen, daß der Zukunftsredakteur bereits heimlich gewählt ist, es bloß einer Umzugsbeihilfe Elberfeld-Berlin bedarf und dann die „Eiche“ tabellos sein wird.

Der Ortsverein der Tischler zu Rudolstadt.

**Diegnitz.** Der Ortsverein der Tischler hielt am Sonnabend, den 3. Juni eine Generalversammlung ab, welche vom Vorsitzenden Herrn Schuster geleitet wurde. Nach widerspruchloser Entgegennahme des Protokolls voriger Versammlung sowie der Klassenberichte für Monat Mai, wurde zu den Wahlen eines Beisitzers und eines Bibliothekars geschritten, welche sich in Folge von Amtsniederlegung resp. Verzug nach Außerhalb notwendig machten. Die Versammlung wählte Kollegen Bohrl als Beisitzer und Kollegen Helmich zum Bibliothekar. Es gelangt sodann zur Verhandlung ein Schreiben aus Elberfeld, worin die Mitglieder aufgefordert werden, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu beantragen. Hierzu wurde bei lebhafter Debatte der Antrag Elberfeld ganz entschieden abgelehnt, da die Generalversammlung unsere sämtlichen Extra-Beiträge aufzehren würde. Die Mitglieder der rheinisch-westfälischen Ortsvereine müssen viel Geld übrig haben, um es bei einer Generalversammlung wieder zuzusetzen. Auch ihre Idee, für ständige Agitationsleiter, können wir nicht theilen. Wären doch die rheinisch-westfälischen Kollegen 10 Jahre früher aufgewacht, damit die Christlichen und der Holzarbeiterverband ihnen nicht die Mitglieder weggeschmüpft hätten (uns ostdeutschen Kollegen beschuldigen sie des Schlafens), so könnte unser Gewerksverein schon bedeutend stärker sein, auch ohne Agitationsleiter. Sollten jedoch die Gelder nicht ausreichen, so würden wir uns eher für das vom Generalrath vorgeschlagene System erklären, jedoch nicht mit 20 Pf. Beitrag die Woche, sondern höchstens 5 Pf. Auch würden wir vorschlagen, unseren nicht angestellten Agitationsleitern etwas mehr Bewegungsfreiheit zu bewilligen, damit sie bei Bedarf auch zur Stelle sein können, ohne erst die Erlaubniß des Generalraths einzuholen. Da die Großstädter sich jetzt

ihre Löhne verbessert haben, durch die vielen Lohnbewegungen, so können sie jetzt zur Bessergestaltung des Streikfonds ein Schärfelein mehr in die Kasse legen, aber daß wir, in der Provinz, bei unseren mäßlichen Löhnen noch mehr Beiträge erschwingen sollen, ist absolut unmöglich, wenn nicht einige Vereine sich ganz auflösen werden, oder die noch verbleibenden Mitglieder vielleicht dann das Doppelte an Beiträgen bezahlen müßten. Vielleicht ließe sich ein Klassensystem einführen, und die Vereine, die viel zu geben im Stande sind, auch etwas mehr bekommen können, und wir, die wir durchaus nicht mehr Beiträge aufbringen können, wollen bei den jetzt bestehenden Unterstützungen bleiben. Sämmtliche anwesenden Mitglieder stimmten diesen Ansichten bei. C. Werner, Sekretär.

### Differenzen in der Holzindustrie.

Die schon im vorwöchigen Bericht ausgesprochene Ansicht, daß mit der in der Meisterschaft ausgebrochenen Uneinigkeit der Tischler der Tischler zu Augsburg mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter enden werde, hat sich ziemlich schnell bestätigt. Nach den uns vorliegenden Zeitungsberichten befanden sich am 9. Juni nur noch 37 Kollegen im Auslande, während in allen Betrieben, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Der glänzende Erfolg, welchen die Augsburger Kollegen durch ihr strammes Zusammenhalten errungen haben, besteht vornehmlich in der Erringung des Neunstundentages. Die wenigen Arbeitgeber, welche sich jetzt noch nicht zur Anerkennung der gerechten Forderungen der Gehilfenschaft veranlaßt fühlen, werden auch noch gezwungen werden, nachzugeben, wenn der Bezug vorläufig von dort ferngehalten wird. Im Interesse der schnelleren Beendigung der Bewegung, haben während des Streiks über 100 Kollegen Augsburg verlassen, trotzdem hat der Ausstand länger als 9 Wochen gedauert. — Im Streik der Modell- und Fabrik-tischler Berlins ist eine Aenderung insofern eingetreten, indem Verhandlungen mit den drei größten Firmen Borsig, A. G. & Co. und Siemens & Halske in die Wege geleitet worden sind, die aber zu einem endgültigen Resultate noch nicht geführt haben. — Die Tischler, Drechsler, Polirer und Maschinenarbeiter in Chemnitz sind ebenfalls in eine Lohnbewegung getreten. Die Forderungen bestehen in der 56stündigen Arbeitszeit, einem Minimalstundelohn von 40 Pf. sowie einen Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde auf die bis jetzt gezahlten Löhne. Für Bauarbeiten soll ein spezialisirter Akkordtarif geschaffen werden. Ueberstundenarbeit soll mit 10 Pf., Sonntagsarbeit mit 20 Pf. pro Stunde Zuschlag bezahlt werden. — Die von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Kiel unternommenen Einigungsversuche in Sachen des dort Anfangs voriger Woche ausgebrochenen Tischlerstreiks sind gescheitert, da sowohl Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer an den zuletzt gestellten Forderungen festhalten. Ein am 2. Juni von den Arbeitgebern vorgelegter Tarif hätte wohl die Zustimmung der Kollegen gefunden, wenn die Arbeitgeber nicht noch im letzten Augenblick zu dem von ihnen selbst ausgearbeiteten Tarif den Zusatz gefordert hätten, daß bei Arbeiter, welche in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, unter dem tariflichen Lohn herabgegangen werden darf und an Junggesellen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nur 40 Pf. Stundenlohn gezahlt werden sollte. G.

### Aus der Rechtsprechung

#### in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

(Nachdruck verboten.)

**Unfall eines Arbeiters infolge Nichtbeleuchtung eines Fabrikhofweges.** Der Angestellte eines industriellen Etablissements hatte neben seinem Gehalt freie Wohnung in einem auf dem Hofe der Fabrik belegenen Gebäude. Als er eines Nachts seine Schlafstelle aufsuchte, erlitt er infolge mangelnder Beleuchtung einer gefährlichen Wegstelle einen Unfall, für dessen Folgen er von dem Geschäftsherrn Schadenersatz verlangte. Während ihm dieser auch von der Vorinstanz zugestimmt wurde, hat das Reichsgericht den Kläger mit seinem Anspruch abgewiesen. Allerdings hatte der Beklagte die Verpflichtung, den fraglichen Wege zu beleuchten, indessen liegt kein Grund vor, diese Verpflichtung auf die späte Zeit zu erstrecken, in welcher sich der Unfall zugetragen hat. Es müssen eben die ganzen örtlichen Verhältnisse und die Lebensgewohnheiten der Bewohner der in Betracht kommenden Ortschaft mit berücksichtigt werden. Wenn es sich im vorliegenden Falle auch um einen Großbetrieb handelt, so ist doch zu bedenken, daß das Etablissement nicht in einer Großstadt, sondern in einer ländlichen Gegend gelegen ist, und ferner ist nicht außer Acht zu lassen, daß nach den Gewohnheiten des Durchschnittsmenschen in jener Gegend zu der Zeit, als der Unfall sich ereignete, die Nachtruhe längst begonnen hatte. Zu einer solchen Zeit kann dem Inhaber der Fabrik aber unmöglich die Verpflichtung obliegen, den fraglichen Weg beleuchtet zu erhalten, da jeder Verkehr darauf ruht. — Das den Beklagten zur Zahlung von Schadenersatz verurtheilende Erkenntniß der Vorinstanz mußte daher aufgehoben werden. rd.



**Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers bei unterlassener Beitragsleistung zur Invalidenversicherung.** In einem dritten Falle hat nunmehr das Reichsgericht am 10. April 1905 diese Pflicht verneint, allerdings auf Grund des Preussischen Landrechts und nicht des B. G. B. Verklagt war der preussische Fiskus, vertreten durch ein königliches Polizeipräsidium, welcher es pflichtwidrig unterlassen hatte, für einen seiner Angestellten Marken zu verwenden. Der Schaden war also verursacht durch eine Behörde, welche selbst mitzuwirken hat bei der Durchführung des Invalidenversicherungsgesetzes, welcher insbesondere die Ausstellung der Quittungskarten obliegt. Der Klageanspruch war darauf gestützt, daß das Polizeipräsidium die weitaus größte Schuld an der Unterlassung der Beitragsleistung traf. Indessen ist der Kläger auch in diesem Falle nicht durchgedrungen.

## Aus den Ortsvereinen

**Mürnberg II (Büttner).** Am Sonnabend, den 3. Juni d. J., Abends 1/9 Uhr, fand im Vereinslokal „Englischer Hof“ unsere ordentliche Monatsversammlung statt, welche wegen der Wichtigkeit einiger Punkte der Tagesordnung etwas besser hätte besucht sein können. Die Tagesordnung bestand aus: Protokoll, Ein- und Ausläufe und Verschiedenes. Wegen entschuldigter Abwesenheit des Sekretärs wurde als Stellvertreter für den Versammlungsabend Kollege Eudres bestimmt, der alsdann zur Verlesung des letzten Protokolls das Wort erhielt. Nach einigen Nichtigstellungen in demselben erfolgte Genehmigung. Zum 2. Punkt übergehend, fand hauptsächlich ein Einlauf der Elberfelder Genossen, die Erhöhung der Beiträge von 20 auf 25 Pf. pro Woche durch Beschluß einer einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung betreffend, sowie ein solcher des Generalrats besondere Beachtung. Besterer ersucht, unter Hinweis auf die Extrabeiträge, von einer außerordentlichen Generalversammlung abzusehen. Nach längerer Debatte sprach sich die Versammlung einmütig gegen die Erhebung von Extrabeiträgen aus, weil diese sehr häufig Austritte von Mitgliedern zur Folge haben, was wir schon öfter erfahren mußten. Aber auch gegen eine außerordentliche Generalversammlung stimmten die Anwesenden, da die ca. 3000 Mk., die eine solche kostet, ein weiteres Sinken unseres Kassenvermögens bedeuten würde. Demgegenüber wurde eine Beitragserhöhung durch allgemeine Mitgliederabstimmung einmütig gutgeheißen, da alle Kollegen der Ansicht waren, daß mit 20 Pf. Wochenbeitrag die Gewerkeklasse den statutarischen Ansprüchen der Mitglieder für die Dauer nicht nachkommen kann. Auch wurde betont, daß vom Centralverband der Dätcher unser Unterstützungswesen — früher „Harmoniebuschlei“ genannt — jetzt sehr fleißig nachgeahmt wird und dort pro Woche und Mitglied 50 Pf. bezahlt werden müssen. Einige Kollegen, die seinerzeit unserem Verein wegen 5 Pf. Beitragserhöhung den Rücken lehrten und dem vorgenannten Verband beitraten, sind hierdurch allerdings vom Regen in die Traufe gekommen. Nachdem im Geschäftlichen mehrere örtliche Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Ausrückung bezw. das Vorhaben des Arbeiterausschusses einer hiesigen größeren Brauerei einem Nebenkollegen gegenüber, der nicht zur roten Fahne geschworen hat, sondern den veruchten „Hirschen“ noch angehört, sowie der „Uebereiser“ eines Herrn Oberbüttners „in spe“ einer gebührenden Kritik unterzogen. Im ersten Falle handelt es sich um ein Mitglied des Centralverbandes, das sich durchaus nicht schämt, offen zu erklären, daß er schon Mittel und Wege finden werde, den betreffenden Kollegen, der noch bei uns Mitglied ist, „rum“ zu kriegen. Recht nett, Herr Kollege! Bitte aber zu beachten, daß erstens hinübergeprügelte oder terrorisierte Mitglieder keine Zierde Ihrer Organisation bilden werden, und zweitens, daß auch unser Ortsverein in der Lage sein wird, einen derartigen Eingriff in die Koalitionsfreiheit eines Mitgliedes entsprechend zu begegnen. Uebrigens bedeutet dies ebensowenig für den Centralverein einen Vortheil, wie für unseren Ortsverein einen Nachtheil, wenn man einmal einen „rum“ bringen kann. Die Unorganisirten zu befehren wäre weit eher am Platze. Im zweiten Falle handelt es sich um einen Kollegen einer anderen Brauerei, der wegen Krankheit des Oberbüttners vom Kellermeister bestellt wurde, am Sonntag dessen Arbeit zu verrichten, nämlich die leeren Fässer einspritzen und nachsehen, ob nicht irgend ein Reifen gesprungen oder sonst etwas passiert ist, was sofortiger Reparatur bedarf. Als sich gerade nichts Wichtiges vorfand, ging dieser „modern“ organisierte Kollege aber auch zur werktätigen Arbeit des Oberbüttners über (jedenfalls um die übrigen Kollegen in den Hintergrund zu drängen?) und schnitt aus fünf Lagerfäßböden die Thürchen heraus für den horrenden Lohn von 1,50 Mk. Ein Muster von Förderer des Achtstundentages und gänzlicher Abschaffung der Sonntagarbeit. Den Fall gesetzt, ein „Hirsch“ hätte eine derartige Heldenthat vollbracht, dann würde dieser in ellenlangen Artikeln herunterkapitelt und als Todtengräber unseres Berufes gebrandmarkt werden. — Im Weiteren wurde noch bekannt gegeben, daß am 17. Juni Ortsverbandversammlung und am 18. Juni Ortsverbandsgartensfest im „Löwenbräukeller“ stattfinden. Im Uebrigen werden die werthen Mitglieder an ihre Pflicht und Kollegialität erinnert und ersucht, in den Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften zahlreicher und pünktlicher im Interesse unserer Sache zu erscheinen. E.

**Braunsberg.** Am 4. Juni fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der auch über die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung oder Mitgliederabstimmung debattiert wurde. Auch wir sind der Ansicht, daß, wenn wir mit anderen

Organisationen gleichen Schritt halten wollen, für die Agitation mehr geschehen muß. Aber wozu denn gleich eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die uns doch große Kosten verursacht? Das ist doch ebensogut zu erreichen durch eine Mitgliederabstimmung. Wir sprechen uns ganz entschieden gegen eine außerordentliche Generalversammlung aus. Wollen wir unser Vermögen aufbessern und nicht in nächster Zeit wieder höhere Beiträge zahlen, so müssen die Extrabeiträge bestehen bleiben. Sollte aber wirklich eine Majorität für Beitragserhöhung stimmen, so müßten dementsprechend die Verwaltungskosten reduziert werden, damit der ganze Ertrag der Hauptkasse zufließt. Wenn schon wegen der Extrabeiträge viele Kollegen dem Verein den Rücken lehren, so läßt sich dies eben auch nicht durch Erhöhung der Beiträge vermeiden. Das sind Leute, welche ernten wollen ohne zu säen, oder denen noch das richtige Verständniß für unsere große Sache fehlt. Alles Uebrige ist ja schon zur Genüge in der „Eiche“ erörtert worden. Es wäre nur noch zu bemerken, daß es für die Mitglieder besser erscheint, wenn die Extrabeiträge gleichmäßig vertheilt, also nicht 5 Wochen hintereinander erhoben würden. Auch muß dem Generalrat etwas mehr Vertrauen entgegengebracht werden, denn die Zwistigkeiten zwischen Mitglieder und Generalrat ist unserer Organisation wirklich nicht förderlich und trübt unser Ansehen nach außen hin. Möchte man doch stets den Wahlspruch beherzigen, welcher am Kopf der „Eiche“ steht. Zum Schluß rufe ich sämmtlichen Kollegen zu: Besuch fleißig die Versammlungen. Viele Kollegen halten es nicht einmal der Mühe werth, bei wichtigen Verhandlungen zu erscheinen, so daß vor leeren Bänken verhandelt werden muß. Diese Kollegen denken, wenn sie ihren Beitrag nur zahlen, schon genug gethan zu haben. Mein Kollege, ein richtiger Gewerkevereiner läßt es bei der bloßen Beitragszahlung nicht bewenden, sondern besucht auch regelmäßig die Versammlungen, um seinen Standpunkt zu vertreten. Er darf nicht die Hände in den Schooß legen und zusehen wie andere arbeiten, er muß selbst Hand anlegen, damit die Saat aufgeht und reiche Früchte trägt. Es ist Pflicht eines jeden Gewerkevereiners, fleißig zu agitieren und wenn auch nur mindestens ein neues Mitglied dem Verein zuzuführen, dann wird sich der Gewerkeverein auch bald an Mitgliederzahl verdoppeln, verdreifachen usw. Zum Schluß empfehle ich allen Kollegen die pünktliche Zahlung der Beiträge und entbiete sämmtlichen Gewerkevereinern herzlichsten Gruß.

J. A.: J. Grünwald, Vorsitzender.

**Salle.** Der hiesige Ortsverein der Tischler hielt am 3. Juni seine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung Kassiererwahl und Vortrag über den Mitteldeutschen Ausbreitungs-Verband ab. Da es unserm werthen Kollegen Werner auf ärztlichen Rathen nicht mehr möglich ist, das Amt zu verwalten, mußte ein Ersatz für ihn geschaffen werden. Die vollzogene Wahl fiel auf das Mitglied Paul Thielemann, welcher das Amt annahm und in gewohnter Weise die Kassenstunden beibehalten wird. Zum Danke für geleistete Dienste des Kollegen Werner erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen und wünschten baldige Genesung. Hierauf hielt Kollege Dewitz seinen Vortrag über den Mitteldeutschen Ausbreitungs-Verband und die Zeitungsfrage. Redner forderte bei Besprechung der letzteren Frage hauptsächlich die Kollegen auf, sich am Vertrieb der Antheilscheine reger als bisher zu betheiligen deren Beschaffung doch ein so minimales Opfer erfordert, daß doch jeder Kollege sein Antheil nehmen könnte, um dadurch das Werk, was uns doch bald unentbehrlich ist, vollbringen zu helfen. Also auf Kollegen, zeigt daß Ihr gewillt seid, eine eigne Zeitung zu besitzen, damit wir im Stande sind, jeden gegnerischen Angriff sofort und erfolgreich entgegen treten zu können. A. O.

**Berlin und Umgegend.** Am 14. Juni ist im Hause Gormannstraße 13 der „Paritätische Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie“ eröffnet worden. Die Arbeitsvermittlung geschieht in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis Mittags 1 Uhr. Die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises entspricht dem im Monat Januar vor dem Berliner Gewerbegericht zwischen der Tischler-Innung, dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Gewerkeverein der Tischler und dem Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeitern abgeschlossenen Verträge.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. W. in Striegan.** Nach § 127 der Gewerbeordnung kann von Seiten des Lehrlings das Lehrverhältniß aufgelöst werden, wenn der Lehrherr seine gesetzliche Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, u. s. w. Wenn Ihr Sohn innerhalb 7 Wochen nur 3 Tage in der Werkstatt beschäftigt wurde, in der übrigen Zeit aber landwirtschaftliche Arbeiten verrichten mußte, so würde bei der gestellten Frage der letzte Fall zutreffend sein, trotzdem würden wir aber rathen erst den Weg der Beschwerde beim Lehrmeister, und wenn dies nichts nützt bei der Innung zu beschreiten.

**F. S. in Martensburg.** Gummi auf Eisen wird auf folgende Art befestigt: Die Oberfläche des Eisens muß zunächst sauber gereinigt werden und völlig frei von Fett sein. Alsdann ist ein Bindemittel, bestehend aus 2 Th. guten Tischlerleim und 1 Th. Schellack, noch warm, jedoch nicht heiß aufzutragen. Darauf ist das Gummi zu legen und wenn möglich etwas zu pressen. Nach einigen Stunden kann der Gegenstand in Gebrauch genommen werden.



# Ämtlicher Theil.

Aus der 50. Bureausitzung vom 10. Juni 1905.

Die Wahlen des gesammten Ausschusses in Czest, eines Beisizers in Regnitz, eines Vorsitzenden und Beisizers in Stettin werden im Namen des Generalraths bezw. Vorstandes bestätigt.

**Streikunterstützung** pro Arbeitstag 2 Mf., erhalten: 1877 Dresden vom 19. bis inkl. den 25. 5. — 17379 Fürth wird abgelehnt. — 14713 Palschau, Antragsformular erwartet.

**Arbeitslosenunterstützung**, pro Arbeitstag 1,50 Mf., erhalten: 5355 Bessinger-Fürth vom 12. 6. — 10078 Lawrenz-Stettin vom 13. 6. — Abgelehnt wird der Antrag des Mitgliedes 4785 Jäger-Pasewalk, da hier nicht unverschuldete, sondern grobe Verschuldung vorliegt.

**In Arbeit:** 776 Schlüter-Berlin (Moabit) am 3. 6. — 11709 Klampfer-Fürth am ?

**Nach Streik:** Berlin (Modell- und Fabrikarbeiter) 15650 am 22. 5., 18332 am 8. 6. — Czest 13266, 13642 und 13638 am 5. 6. — Finsterwalde 12980 am 28. 5., 14657 am 29. 5., 10249 durch Abreise am ? — Langenbielau 3645 am 9. 6. — Pfersee 8701 am 5. 6., 16093 am 2. 6. — Scheuditz 8445 am 2. 6.

**M. Bahke,**  
Vorsitzender.

**W. Zietke,**  
Schatzmeister.

**P. Dambach,**  
Generalsekretär.

## Zur geneigten Beachtung!

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (§. 8 26 der Geschäfts-Ordnung) kein Kassierer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassierer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzusenden.

Als verloren gemeldet ist das Mitgliedsbuch  
17369 August Droese-Elbing.

An die geehrten Ausschüsse unserer Ortsvereine ergeht hiermit die Bitte, zwecks Herstellung der zweiten Auflage des Adressenverzeichnisses etwa noch nicht gemeldete oder noch in Aussicht stehende Wohnungsveränderungen der Sekretäre und Kassierer sofort, spätestens bis zum 26. Juni d. J. nach hier, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221—223 zu berichten. Das Bureau.

## Sterbetafel.

- August Schneider, Mitgl. im Ortsv. Berlin (Erster.), geb. 26. 10. 1841, eingetr. 14. 7. 1891, gest. 9. 4. 1905.
- Emil Fraß, Mitgl. im Ortsv. Stettin I, geb. 21. 1. 1872, eingetr. 19. 2. 1894, gest. 27. 4. 1905.
- Friederike Schmidt, geb. Buschhaus, Mitgl. der Begräbniskasse im Ortsv. Hauptkasse, geb. 9. 11. 1862, eingetr. 5. 11. 1900, gest. 3. 5. 1905.
- Edmund Wolf, Mitgl. im Ortsv. Berlin (Erster), geb. 17. 6. 1839, eingetr. 30. 4. 1894, gest. 4. 5. 1905.
- August Bombolowsky, Mitgl. im Ortsv. Königsberg, geb. 9. 2. 1839, eingetr. 31. 5. 1874, gest. 7. 5. 1905.
- Heinrich Pfefferkorn, Mitgl. im Ortsv. Leipzig-Vindenu, geb. 17. 1. 1840, eingetr. 9. 9. 1883, gest. 10. 5. 1905.
- Theodor Zerfuß, Mitgl. im Ortsv. Niddorf, geb. 16. 12. 1839, eingetr. 2. 6. 1883, gest. 13. 5. 1905.
- Robert Jäschke, Mitgl. im Ortsv. Breslau II, geb. 1. 12. 1860, eingetr. 22. 10. 1898, gest. 17. 5. 1905.
- Friedrich Künzel, Mitgl. im Ortsv. Berlin I, geb. 17. 3. 1828, eingetr. 5. 3. 1871, gest. 29. 5. 1905.
- Eduard Graf, Mitgl. im Ortsv. Spandau, geb. 24. 6. 1839, eingetr. 5. 12. 1879, gest. 29. 5. 1905.
- Otto Christ, Mitgl. im Ortsv. Königsberg, geb. 27. 2. 1863, eingetr. 8. 7. 1895, gest. 1. 6. 1905.
- Josef Schoderbeck, Mitgl. im Ortsv. Freiburg, geb. 13. 3. 1853, eingetr. 10. 10. 1899, gest. 1. 6. 1905.
- Friedrich Schilling, Mitgl. im Ortsv. Königsberg, geb. 31. 10. 1844, eingetr. 10. 10. 1875, gest. 3. 6. 1905.
- Anna Schmidt, geb. Gorisch, Mitgl. der Begräbniskasse im Ortsv. Breslau II, geb. 10. 6. 1859, eingetr. 10. 7. 1890, gest. 6. 6. 1905.

## Bekanntmachung.

Die Ortsvereinsausschüsse und Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß durch Beschluß des Verbandstages in allen Unfallsachen, welche eine Vertretung des Unfallverletzten vor dem Reichsversicherungsamt erforderlich machen, diese vom Verbandssekretär übernommen wird. Zu diesem Amte ist Verbandskollege Emil Slavon gewählt und werden unsere Mitglieder ersucht, sich vorkommenden Falls an diesen zu wenden. Die Adresse desselben lautet: Verbandsbureau, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Das Bureau.

## Änderungen im Adress-Verzeichnis.

<b>Chemnitz.</b>	Sekretär	O. Tschorn, Jöllnerplatz 26, III.
<b>Cottbus.</b>	"	K. Scheppan, Mohrstr. 19, III.
<b>Czest.</b>	"	E. Viedle, Abbau 2.
<b>Brandenz.</b>	"	M. Winkler, Blumenstr. 15.
<b>Kempten.</b>	"	F. Kupfer, A. 14.
<b>Neusalz.</b>	"	E. Peisch, Oderstr. 11.
<b>Wesel.</b>	"	J. Krebber, Brandstr. 821/822.
<b>Wölfelsdorf.</b>	"	K. Karger, Wölfelsdorf b. Habelschwerd.
<b>Dresden.</b>	Kassierer	E. Nießler, Dr.-Lößlau, Delbrückstr. 3, I.
<b>Kempten.</b>	"	G. Martin, A. 16.
<b>Lauterbach.</b>	"	M. Bächle, Hornbergstr.
<b>Neusalz.</b>	"	K. Boigt, Kirchhofstr. 21.

## Versammlungen.

Juni.

- Aachen.** 18. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Schmitz, Am Markt. Beitrags-, Gesch.
- Allenstein.** 25. Nachm. 5 Uhr, Vers. in „Frühs Rest.“, Pfeiferstr. Gesch., Beitrags-, Versch.
- Augsburg.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee Fronhof“, am Obstmarkt. Gesch., Beitrags.
- Barmen.** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. im „Restaur. zur Post“, Winklerstr. 26. Beitrags-, Versch.
- Bauhen.** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Bittau“. Beitrags-, Gesch.
- Berent.** 18. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Füllbrandt (Herberge). Gesch., Beitrags.
- Berlin (Erster).** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Beitrags. Besprechung eines Sommervergnügens.
- Berlin (Königt.).** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Moabit).** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. b. Schmidt, Thurmstr. 18. Gesch., Beitrags., Werkstattangelegenheiten.
- Berlin (West).** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Nord).** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Beitrags.
- Berlin VI (Pianofortearb.)** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. Köpenickerstr. 158. Gesch., Beitrags. — Die Zeitschrift für Musikinstrumentenbau liegt aus.
- Berlin VII (Modell- u. Fabrikarb.).** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. b. Schubert, Gerichtsstr. 71. Ede Kunststr. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Vorortskommission).** Jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats im „Verbandshaus“, Greifswalderstr. 221—223.
- Berlin (Bautischler).** Vertrauensmänneritzung jeden zweiten Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats, Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Verbandshause.
- Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.). Sitzung jeden Mittwoch Abend 8 $\frac{1}{2}$ —10 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. Vortrag: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag.“ Gäste stets willkommen.
- Berlin.** Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.). Jed. Donnerstag, Abend 9—11 Uhr, Übungsstunde im „Verbandshaus“, Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen.
- Berlin.** Theater-Verein „Eiche“. 19. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wollschläger, Adalbertstr. 21.
- Bentzen.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Feldschlößchen“. Gesch., Beitrags.
- Bodum.** 25. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Supert, Alleestr. 62. Beitrags-, Gesch.
- Brandenburg.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kurfstr. 51. Gesch., Beitrags.
- Breslau (Holzarb.).** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Zahlabend im „Grünen Vergel“, Kupferhammerstr. 29.
- Breslau (Tischl.).** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Versamml. im „Grünen Vergel“, Kupferhammerstr. 29. Beitrags-, Gesch.
- Bromberg.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Wicheri am Fischmarkt. Gesch., Versch.
- Bruchsal.** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. im „Nest. zu den vier Jahreszeiten“, Mollenstr. 9. Gesch., Beitrags.
- Bittow.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Selte, Synagogenstr. 4. Gesch., Beitrags.
- Charlottenburg.** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Zahlabend b. Fritzsche, Windscheidstr. 29.
- Cöln a. Rh.** 18. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Löffel, Neumarkt, Ede Thieboldsgasse. Gesch., Beitrags. — 24. Vorm. 10 Uhr, Bezirksversammlung in Nippes, Florastr. 109.
- Cöln-Chrenfeld.** 24. Vorm. 10 Uhr, im „Verbandshaus“, Venloerstr. Beitrags-, Versch.
- Cüstrin.** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitrags-, Gesch.
- Czest.** 24. Abds. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. b. Kruczynski. Beitrags-, Versch.
- Danzig.** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. Vorstädt. Graben 9. Beitrags-, Versch.
- Dirschau.** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Gesch., Beitrags.
- Dortmund.** 17. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. b. Behle, Brückstr. 16. Gesch., Beitrags., Bücherwechsel.
- Dresden.** 24. Abds. 9 Uhr, Vers. im „Nest. zur Vaterischen Krone“, Neumarkt. Gesch., Beitrags-, Versch.
- Dr.-Pieschen.** 24. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. i. „Nest. z. goldenen Weintraube“. Gesch., Beitrags.
- Düsseldorf.** 27. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Vers. b. Schumacher, Immermannstr. 38 a. Gesch., Beitrags. — Branchenversamml. der Modellschreiner 28. Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr ebenda fest.
- Eisenach.** 18. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Hasenkamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. Beitrags-, Gesch. — Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abds. 9 Uhr, Diskussionsstunde.
- Eisenach.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Adler“, Mühlhäuserstr. 20. Gesch.



**Elberfeld.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zum Edlner Wapen“, Kaiserstraße 8. Gesch., Beitrags. — Ausgabe der „Eiche“ jeden Sonntag morgen im Vereinslokal.

**Elbina.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehause“. Gesch., Beitrags.

**Frankfurt.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fröhlich, Michlstr. 72. Beitrags., Versch.

**Friedenshütte.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Gottlieb's Restaur.“ in Eimerachshütte. Beitrags., Versch.

**Gelsenkirchen.** 18. (wann?) Vers. b. Eitelkamp, Arminstr. 8. Gesch., Beitrags., Versch.

**Glah.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Jimmermann's Brauerei“, Waberberg. Beitrags., Versch.

**Gletwik.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. Zabracstr. 1. Gesch., Beitrags., Versch.

**Göggingen.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. zur Lyra“. Beitrags., Versch.

**Görlitz.** 20. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrags., Versch.

**Görsch.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Adler“. Gesch., Beitrags.

**Grauden.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Schützenhaus“. Beitrags., Versch.

**Greifswald.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gnefow. Beitrags., Versch.

**Gumbinnen.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. in der „Erholungshalle“, Gartenstr. 22. Gesch., Beitrags.

**Halberstadt.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. zum Seydlitz“, Antonienstr. 6. Gesch., Beitrags.

**Hamburg.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sittmann, Poststr. 21-22. Gesch., Beitrags.

**Jena.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehaus“. Beitrags., Versch.

**Insterburg.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Walfisch“. Beitrags., Versch.

**Kall.** 18. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. J. Seul, Hauptstr. 178. Beitrags., Versch.

**Kattowik.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags.

**Landsberg II.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Berbe, Priesterstr. 9. Gesch., Beitrags.

**Langenöls.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Glückauf“. Beitrags., Versch.

**Lassan.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Hasen“. Gesch., Beitrags.

**Lauenburg.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fischer, Stolperstr. Gesch., Beitrags.

**Lauterbach.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Badischen Hof“. Beitrags.

**L.-Lindenan.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Hönsch's Saalbau“, Algenestr. 14. Gesch., Vortrag, Beitrags., Versch.

**Liegnitz.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Zahlabend i. „Gasth. z. weißen Kopf“, Kohlmarkt.

**Löbau.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Morgenstern“. Beitrags., Versch.

**Memel.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Maselowitsch, Alte Sorgenstr. 1. Gesch., Beitrags., Versch.

**Mülheim (Ruhr).** 25. Vorm. 11 Uhr, Vers. i. „Drei Kaiseraal“, Charlottenstr. Gesch., Beitrags.

**Pasing.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. in der Brauerei Münchenerstr. Gesch.

**Patschkau.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Gesch., Beitrags.

**Plettenberg.** 25. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Vettermann. Gesch., Beitrags.

**Posen.** 20. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Flechtmann, Wasserstr. 27. Beitrags.

**Quedlinburg.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. Prinz Heinrich“, Steinweg. Gesch., Beitrags.

**Rathenow.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Pörtner, Berlinerstr. 14. Beitrags.

**Ratibor.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rathskeller“. Beitrags., Versch.

**Reimscheid.** 25. Abds. 6 Uhr, Vers. im Rest. Fritsch vom Wege, Hochstr. (am neuen Rathhaus). Gesch., Beitrags.

**Rixdorf.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gorkli, Herrmannstr. 199. Gesch., Beitrags., Werkstatangelegenheiten.

**Rothenburg.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Kirchdörfer. Beitrags., Versch.

**Rudolstadt.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz“. Beitrags., Versch.

**Schwelm.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Kalhof, Kaiser- u. Wilhelmstr. 6. Gesch.

**Siegen.** 24. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. zum Rappen“, Marburgerthor. Gesch., Beitrags.

**Spandau.** 16. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Gesch., Beitrags., Antrag Elberfeld betr. außerordentliche Generalvers.

**Sprottau.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrags.

**Br.-Stargard.** 18. Nachm. 2 Uhr, Vers. in d. „Zurnhalle“. Beitrags., Versch.

**Stahfurt.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Beau, Leopoldshall. Gesch., Beitrags.

**Stettin-Bredow.** 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Restaur. Schützi“, Wolfstr. 9. Gesch., Beitrags., Versch.

**Stralsund.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. z. Wörse“, Heilgeiststr. 50. Gesch., Beitrags.

**Striegau.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.

**Thorn.** 18. Nachm. 8 Uhr, Vers. b. Nikolai, Mauerstr. 62. Beitrags., Versch.

**Ueberlingen.** 25. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. in der „Rest. zur Hölle“. Beitrags., Versch.

**Ulm.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rathskeller“. Gesch., Beitrags.

**Weihenfeld.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Bierhaus“, Friedrichsplatz. Gesch., Beitrags., Versch.

**Weihensee.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhansstr. 143. Gesch., Beitrags., Versch.

**Wesel.** 18. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Zillenbach, Schmidstr. Protokoll, Tageszeitung des Ausbreitungsverbandes, Beschlusfassung über außerordentliche Generalversammlung oder Mitgliederabstimmung.

**Wismar.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Lindenhof“. Beitrags., Versch.

**Wittenberge.** 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Rest. v. Linow, Schützenstr. Beitrags., Versch.

**Worms.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rheinthal“, Rheinstr. 4. Gesch., Beitrags., Versch.

**Zeitz II.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Schwager's Rest.“ Beitrags., Monatsbericht, Abstimmung über Antrag Elberfeld betr. außerordentliche Generalversammlung, Versch.

**Zerbst.** 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hennemann's Bürgerhaus“. Versch.

**Orts- und Medizinalverbände.**

**Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, den 18. Juni, Nachm. 4 Uhr, Ortsverbandsversammlung in Eving b. Wirth Heuner. L.O.: Referat des Redakteurs Kollegen M. Sonnemann über „Zweck und Ziele der Ortsverbände.“

**Anzeigen.**

**Der Arbeitsnachweis**

des Ortsv. der Tischler zu Liebau befindet sich beim Kassirer Paul Schwarz, Trautenauerstr. Nr. 37. — Meldungen Mittags 12—1 und Abends 7—9 Uhr.

**Halle.** Der Arbeitsnachweis

des Ortsvereins der Tischler befindet sich b. A. Cart, Raunischstr. 13. — Durchreisende Kollegen unseres Gewerksvereins erh. die Unterstützung beim Kassirer O. Werner, Saalberg 16, I.

**Wittenberg (Bez. Halle).**

Durchreisende Gewerksvereiner erhalten eine Verbandsunterstützung b. Kassirer G. Stanig, Kurfürstenstr. 12.

**Lauterbach i. Wittbg.** Durchreisende

Gewerksvereinsgenossen erhalten beim Ortsverbandskassirer S. Brugger, Unterdorf, eine Unterstützung von 50 Pf. Derselbe ist anzutreffen in der Zeit von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 7 bis 8 Uhr Abends.

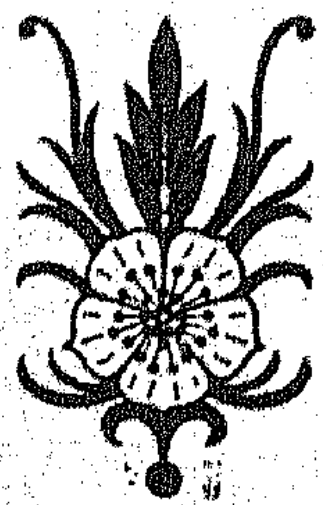
**Ortsverein Posen.** Durchreisende

Vereinskollegen, welche auf ihrer Wanderschaft Posen berühren, sind ersucht, sich in allererster Linie zu ihrem Kassirer zu begeben, wo sie ihre Unterstützung erhalten und Auskunft über Arbeitsgelegenheit.

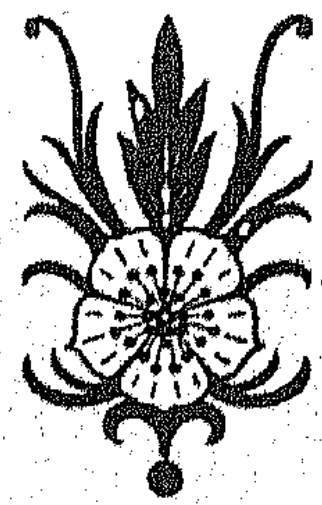
**„Die Eiche“**

Organ des Gewerkvereins der Deutschen Tischler  
:: (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen ::

Jahrgang 1904



auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereinsbibliotheken, wie Verbands-genossen zum Preise von Mk. 3,50 einschl. Porto zu beziehen durch die Expedition Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 221—223.



**Central-Arbeitsnachweis**

der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Duncker) und Herbergsverkehr befindet sich jetzt im

Verbandshause, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223. Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.

Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassirern Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223.

**Berlin und Vororte.**

**Der paritätische Arbeitsnachweis**

befindet sich vom 14. Juni an Gormannstr. 13. Die kostenlose Vermittlung erfolgt in der Zeit von Vorm. 9—1 Uhr.

**Patent-Büro**

Gustav Jarchoff's Patent-Büro Berlin-Schöneberg, Eisenachersstr. 44, erledigt alle Patent-Angelegenheiten billig u. gut. Auskünfte u. Prospekte frei. Dankschreiben u. Empfehlungen. Geöffnet Abends bis 9 Uhr u. Sonntags.

**Ortsverband Sprottau.**

Durchreisende Genossen erhalten die Verbandsunterst. von 75 Pf. in Naturalien in der Herberge zur Heimath. Genossen, die keinen Ortsverein ihres Berufes am Orte haben, erhalten 50 Pf. beim Ortsverb.-Kass. Gen. Radzei, Katholischer Kirchplatz.

**Striegau.** Durchreisende Mit-

glieder des Gewerks. der Tischler und verwandl. Berufsgenossen erhalten eine Unterstützung beim Kassirer R. Meißner, Fauer Chaussee 11 (Vereinshäuser).